



GESUNDHEITS-INFO

niedersachsen.dkp.de



Foto: Thomas Brenner

FÜR ENTLASTUNG!

Du kennst das gut: die Schicht ist knapp besetzt, es sind viele Patienten auf der Station. Gefährdungsanzeigen müssten in niedersächsischen Krankenhäusern an der Tagesordnung sein. Von hoher Belastung berichten unsere Kolleginnen und Kollegen in ihrer Bewegung für Entlastung. Eine Hebamme soll allein zwei Geburten gleichzeitig „managen“, das eine Baby kommt lebend zur Welt, das andere stirbt. Wie schafft man das? Gar nicht! Darum kämpft ihr an der MHH für einen Tarifvertrag Entlastung. Die DKP Niedersachsen ist solidarisch mit eurem Kampf.

„Fallpauschalen“ - Gesundheit als Ware

Die Belastung hat eine Ursache: die „Ökonomisierung“ des Gesundheitswesens, das Geschäftemachen mit unserer Gesundheit. Krankenhäuser wurden privatisiert, für alle Kliniken wurden die „Fallpauschalen“ (DRG) eingeführt. Das Krankenhaus bekommt somit nicht mehr den realen Bedarf einer Behandlung, sondern wird entsprechend einer Fallpauschale bezahlt, sozusagen nach Stückpreis. Krankenhäuser werden zu Fabriken!

Erklärtes Ziel ist die schnelle und günstige Behandlung. Die Krankenhäuser stehen unter massivem Druck, mehr Fälle in kürzerer Zeit zu bearbeiten - unabhängig von der Situation des Patienten und der Belastung des Personals, bis hin zur „blutigen Entlassung“.

V.i.S.d.P.: Achim Bigus, Göttinger Str. 58, 30449 Hannover

Lauterbachs „Revolution“ – Etikettenschwindel

Karl Lauterbach (SPD) versprach eine „Revolution“: die „Entökonomisierung der Krankenhausversorgung“ und die „Überwindung des Fallpauschalensystems“. Doch: „auch die angekündigte neue Vorhaltefinanzierung wird bei genauem Hinsehen wieder mit dem Fallpauschalensystem gekoppelt. Das geplante Vorhaltebudget eines Krankenhauses errechnet sich aus

Anzahl und Schwere der Behandlungsfälle und nicht aus den zur Bedarfsdeckung notwendigen Vorhaltekosten“, so das Bündnis „Krankenhaus statt Fabrik“. Dazu kommt, dass „der reine DRG-Anteil der Vergütung weiterhin bei 40% der Einnahmen eines Krankenhauses liegt“.

Es geht ums Geld...

Und: „Der finanzielle Druck auf die Krankenhäuser wird sich auch deswegen nicht ändern, weil die Gesamtsumme der Finanzmittel (...) gleichbleibt“. Es bleibt bei der Unterfinanzierung der Krankenhäuser. Angestrebt ist ein „gesteuertes“ Krankenhaussterben.

Dabei ist Geld genug da – nur in den falschen Händen. Private Krankenhaus-Gesellschaften und Pharmaindustrie verdienen Geld mit der Gesundheit. So hat Helios im Jahr 2022 über 700 Millionen Euro an Gewinn erzielt. Die Pharmaindustrie hatte im Jahr 2020 eine Bruttowertschöpfung von 25 Milliarden. Allein BioNTech hatte im vergangenen Jahr fast vier Milliarden Euro Gewinn.

Geld gäbe es auch bei der Bundeswehr zu holen. Die Bundesregierung zahlt für Rüstung 2% des Bruttoinlands-Produkts, wie von der NATO gefordert - über 70 Milliarden im Jahr.

Während der Pandemie gab es für die Pflegekräfte Applaus von den Balkonen. Die DKP Niedersachsen applaudiert allen Beschäftigten, die sich gegen unzumutbare Bedingungen und Unterfinanzierung wehren - auch im Interesse der Patient*innen und Angehörigen, also von uns allen.

Die Krankenhaus-„Reform“: „gesteuertes“ Krankenhaus- Sterben

Krankenhaus-Schließungen sind in Deutschland an der Tagesordnung. In Osnabrück schließt das Krankenhaus St. Raphael Ostercappeln, ebenfalls Geburtshilfe und Gynäkologie in Melle. In Bremen wird das Klinikum Links der Weser geschlossen. In Göttingen schließt die Geburtshilfe in der Klinik Neu-Mariahilf, gleiches gilt für die Heliosklinik Herzberg. Die Liste kann verlängert werden. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft geht von einer Insolvenzswelle von 20 bis 25% aller Kliniken in Deutschland aus.

Es ist ein Fakt: viele öffentliche Krankenhäuser schreiben rote Zahlen. Die MHH hat zum Beispiel in den letzten fünf Jahren 26 Millionen Euro Verluste gemacht. Die UMG macht etwa 20 Millionen Minus - der Vorstandsvorsitzender meint dazu, „jedes andere Unternehmen hätte schon lange Insolvenz angemeldet“. Bei den kommunalen Krankenhäusern ist das oft ähnlich, nur kommen hier noch die kaputt gesparten kommunalen Haushalte dazu. Deswegen müssen Notfallpatienten aus Norden über 30 Minuten fahren, um eine Klinik in Aurich zu erreichen. Gebärende aus Herzberg müssen ebenfalls 30 Minuten fahren, um eine Geburtshilfe aufsuchen zu können.



Aber warum schließen Krankenhäuser? Gibt es zu wenig Krankheiten? Gibt es ein Überangebot? Nein! Täglicher Druck und zunehmende Umweltzerstörung führen zu Rekordzahlen bei den Krankheitstagen in Deutschland. Lauterbachs Krankenhaus-„Reform“ soll keine zusätzlichen Finanzmittel für die stationäre Gesundheitsversorgung (Krankenhäuser) bereitstellen, sondern das Krankenhaus-Sterben steuern.

Die stationäre Gesundheitsversorgung auf dem Land steht unter Beschuss. Stattdessen sollen zunehmend sogenannte Regionale Versorgungszentren zur ambulanten Behandlung entstehen. Dabei wird die ursächliche Problematik der Gewinnorientierung der Gesundheitsversorgung nicht angetastet. So stehen auch künftig nicht die Kranken im Mittelpunkt, sondern die Profite.

Das kann nicht gut gehen!

KRANKENHÄUSER: NICHT KRIEGSTÜCHTIG!

Deutschland soll bis 2029 in der Lage sein, einen großen Krieg gegen Russland zu führen. Verteidigungsminister Pistorius (SPD) prägte dafür den Begriff „kriegstüchtig“. Schulen sollen Kinder auf den Krieg vorbereiten. Da kann der Talkshow-Meister und nebenberufliche Gesundheitsminister Lauterbach (SPD) dem nicht nachstehen. Er will die Krankenhäuser kriegstüchtig machen. Jede Klinik, jeder Arzt soll wissen, was zu tun ist, wenn ein Krieg ausbricht. Die Verzahnung der zivilen Gesundheitsversorgung mit dem Militärischen bedeutet nicht nur Unterordnung der zivilen Infrastruktur unter militärisches Kommando, sondern macht diese Infrastruktur zum potenziellen Angriffsziel.

Die Vereinigung demokratischer Ärztinnen und Ärzte (vdää) ist sich klar: „Selbstverständlich ist es unsere professionelle Aufgabe als Ärzt*innen, Opfer militärischer Konflikte medizinisch bestens zu versorgen. Politisch ist es aber unsere Aufgabe genauso wie die der Kolleginnen überall in der Welt, immer wieder auf die verheerenden gesundheitlichen sowie humanitären Auswirkungen von Kriegen hinzuweisen und uns dafür einzusetzen, dass Kriege gar nicht geführt, eskaliert und aktuelle Kriege gestoppt werden.“

Das sehen wir als DKP Niedersachsen genauso.

